

## Liebe Leserinnen und Leser,

im Europaparlament ging es in der vergangenen Woche hoch her, Masken sind gefallen, Vertrauen zerbrochen: Da war zum einen der Besuch des polnischen Ministerpräsidenten, Mateusz Morawiecki. Er hat unmissverständlich klargemacht, dass die polnische Regierung die Grundfesten der Europäischen Union missachtet und angreift.

Zum anderen der Vertrauensbruch durch den EU-Kommissar für Umwelt und Vize-Kommissionspräsident, Frans Timmermans. Er hat dem Europäischen Parlament viele Monate lang Studienergebnisse zur wichtigen Farm-to-Fork-Strategie, die so bedeutsam für die Landwirtschaft ist, vorenthalten.

Beide Ereignisse - so unterschiedlich und unvergleichbar sie sind - machen betroffen und wütend. Doch sie motivieren gleichermaßen! Sie motivieren für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für die europäischen Werte und die europäische Einigkeit zu kämpfen und sie zu verteidigen. Und sie motivieren auf der anderen Seite die Rechte des Parlaments einzufordern und den europäischen Bürgerinnen und Bürgern eine starke Stimme zu verleihen.

Auf Europa kommen stürmische Zeiten zu!

Während in Deutschland nach und nach wieder mehr Normalität in den Alltag einkehrt, kämpft Lettland gegen steigende Corona-Infektionen. Grund für den Ausbruch ist auch die mangelnde Impfbereitschaft. Das Land geht wieder in den Lockdown. Ein Gegenbeispiel ist Neuseeland. Dort ist man noch weit weg von „normal“, aber nicht wegen steigender Infektionen. Die neuseeländische Regierung setzt auf eine Impfquote von 90 Prozent, um erst dann wieder Lockerungen vorzunehmen. Auch ich werbe für das Impfen. Es schützt uns und unsere Mitmenschen! Lassen Sie sich impfen!

Ein weiteres Thema hat mich und uns in den vergangenen Wochen beschäftigt: Die Sondierungsgespräche der Ampel-Parteien. Da ging es doch gleich zu Beginn um Lastenfahräder und die Legalisierung von Cannabis. Hat Deutschland keine anderen Herausforderungen? Ich verfolge die nun anstehenden Koalitionsverhandlungen sehr aufmerksam. Ich bin sicher, Sie sind auch dabei.

Mit freundlichen Grüßen



## Mein Europa

### Von Hof auf den Tisch: Die Farm to Fork Strategie

Unter dem Motto „Vom Hof auf den Tisch“ (englisch „Farm to Fork“) will die EU-Kommission das Ernährungssystem in Europa fairer, gesünder und klima- und umweltfreundlicher machen. Diese Ziele sind grundsätzlich positiv, aber es kommt auf die richtige Umsetzung an. Die EU-Kommission schlägt nicht weniger als 27 Maßnahmen vor, vielfach in Form neuer Gesetze, um diese Strategie umzusetzen. Das Europaparlament hat sich in dieser Woche dazu positioniert. Wir wollen mehr Klimaschutz in der Lebensmittelkette, aber CDU und CSU stehen auch dafür ein, dass dabei weder die Ernährungssicherheit, die Bezahlbarkeit der Produkte noch die Möglichkeit für Landwirte leidet, von ihren Erzeugnissen gut zu leben. Der Verbraucher spielt dabei eine Schlüsselrolle, denn die Lebensmittelversorgung ist ein Kreislauf, den jede und jeder einzelne mit seinem oder ihrem Einkauf- und Konsumverhalten mitgestaltet. Ein wichtiger Aspekt ist dabei Information für den Verbraucher. Nur wenn die Informationen über die Nährstoffzusammensetzung, die Herkunft, das Tierwohl und auch die Nachhaltigkeit schnell und einfach verständlich sind, wird ein Wandel gelingen. Farm to Fork darf nicht dazu führen, dass wir zukünftig mehr Lebensmittel importieren müssen, weil die Produktion in Europa unrentabel oder aufgrund vieler Auflagen zu mühselig wird.

CDU und CSU haben sich dafür eingesetzt, dass diese Strategie keine Verbotsstrategie wird, sondern dass Anreize gesetzt werden, die an jedem Glied der Lebensmittelversorgungskette greifen. „Farm to Fork“ ist auch eine Chance für unsere Landwirtschaft, die den wichtigsten Beitrag für eine sichere und nachhaltige Lebensmittelversorgung in Europa leistet. Der angestoßene Wandel darf deshalb auf keinen Fall auf dem Rücken unserer Landwirtschaft ausgetragen werden, sondern muss die Landwirte einbeziehen. Nur dann schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass die Lebensmittelkette in Europa für alle nachhaltiger wird: vom Landwirt bis zum Verbraucher, vom Hof bis auf den Tisch.

Vor diesem Hintergrund ist es skandalös, dass EU-Kommissionsvize Frans Timmermans lange eine wissenschaftliche Studie zurückgehalten hat, die teils dramatische Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf die EU-Ernährungsproduktion und das Preisniveau aufzeigt. Timmermans hat damit bewusst versucht, die Auswirkungen seiner Politik zu verstecken. Das Europaparlament hatte somit keine Möglichkeit, diese wichtige Studie in seiner Bewertung der „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie einzubeziehen. Wir erwarten eine umfassende Prüfung aller möglichen Auswirkungen, bevor wir neuen Gesetzen zustimmen.

### Farm-to-Fork: Wieder ein grobes Foulspiel von Kommissions-Vize Timmermans

Das Europäische Parlament nahm diese Woche in einer Abstimmung die Farm-to-Fork-Strategie der EU-Kommission an. Ich befürworte die Ziele der Strategie. Ich fordere aber für die europäischen Landwirte gangbare Alternativen, wie sie diese erreichen und trotzdem ihren Betrieb erfolgreich weiterführen können sowie eine wissenschaftlich fundierte Folgenabschätzung. Das Fass zum Überlaufen bringt nun der verantwortliche EU-Kommissar und Vize-Präsident, Frans Timmermans! Denn der Inhalt der Studie zu den Auswirkungen der Strategie hätte dem EU-Parlament und den europäischen Landwirtschaftsministern erlaubt, früher auf der Basis von konkreten Zahlen über die Auswirkungen der Farm-to-Fork-Strategie zu diskutieren.

Die Ergebnisse der Studie wiederholt zurückzuhalten, ist nicht nur inakzeptabel und beschämend, sondern ein unglaublicher Vertrauensbruch! Eine gründliche Folgenabschätzung ist die Voraussetzung für neue Gesetze. Vertrauen ist ein hohes Gut!

Eine Pressemitteilung zum Thema finden Sie [hier](#).

## Reform der Europol-Verordnung

Zur Abstimmung im Innenausschuss des Europäischen Parlaments über die Reform der Europol-Verordnung erklärt **Ralf Seekatz (CDU)**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

„Die heute im Innenausschuss angenommene Verordnung erweitert die Kompetenzen von Europol auf dem Gebiet der Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen. Terroristen und Kriminelle missbrauchen häufig Dienstleistungen solcher Unternehmen. Das überarbeitete Mandat wird Europol dabei helfen, wirksam und direkt mit diesen Unternehmen zusammenzuarbeiten und einschlägige Beweise an die Mitgliedstaaten weiterzuleiten. Europol wird es zukünftig auch möglich sein, umfangreiche und komplexe Datensätze zu verarbeiten, die Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft sowie mit Partnerländern außerhalb der EU zu vertiefen und die Entwicklung neuer Technologien für die Strafverfolgung zu unterstützen. Es wird auch der Rechtsrahmen in Bezug auf den Datenschutz angepasst und die parlamentarische Kontrolle gestärkt.

Als zentrale Stelle für den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und für die Unterstützung und Koordinierung der grenzüberschreitenden Polizeiarbeit hat Europol eine Schlüsselrolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Mit der Verordnung haben wir das Mandat unserer Europäischen Polizeibehörde weiter gestärkt. Kriminelle und Terroristen machen schließlich nicht an nationalen Grenzen Halt. Immer mehr kriminelle Netzwerke sind länderübergreifend aktiv und nutzen dabei immer neue digitale Möglichkeiten. Europol benötigt deshalb alle technischen Voraussetzungen, um die immer komplexeren Sicherheitsbedrohungen bewältigen zu können.“

Hintergrund:

Rechtsgrundlage für die Arbeit der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) ist die Verordnung (EU) 2016/794 (Europol-Verordnung). Am 9. Dezember 2020 legte die Kommission einen Reformvorschlag für die Europol-Verordnung vor, mit der das Mandat von Europol in verschiedenen Bereichen erweitert werden soll. Dazu zählt die Befähigung von Europol zur wirksamen Zusammenarbeit mit privaten Parteien, die Befähigung von Europol zur Verarbeitung großer und komplexer Datensätze und die Stärkung der Rolle von Europol in Forschung und Innovation.

## Arktis-Strategie der EU-Kommission

Zur Arktis-Strategie der EU-Kommission erklärt **David McAllister (CDU)**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses:

„Angesichts der wachsenden Herausforderungen in der Arktis ist es richtig und wichtig den gemeinsamen Ansatz für ein koordiniertes europäisches Vorgehen im Hohen Norden

neu zu bewerten. In Zukunft sollte es mehr EU in der Arktis und mehr Arktis in der EU geben.

Es ist dringend geboten, die internationale Zusammenarbeit zu verbessern, um neu aufkommende geopolitische Spannungen einzudämmen. Bis vor einigen Jahren zeichnete sich die Arktis noch als 'Zone des Friedens' aus. In den letzten Jahren hat die russische Regierung jedoch im hohen Norden militärisch aufgerüstet. Auch China entwickelt ein immer größeres strategisches Interesse an der Arktis. Nur wenn die Region ein Raum des Friedens bleibt, ist es möglich, neuartigen Herausforderungen mit Blick auf Rohstoffe und polare Handelsrouten gemeinsam begegnen zu können.

Gleichzeitig bedarf es einer ambitionierten Antwort auf den Klimawandel und den Schutz der arktischen Umwelt. Bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ist darauf zu achten, die in der Arktis vorhandenen Ressourcen umweltschonend zu nutzen und dabei die Anliegen der dort lebenden Menschen aufmerksam zu berücksichtigen.“

## Themen des Europäischen Rates am 21. und 22. Oktober

Der Europäische Rat behandelt diese Woche die Themen der zuletzt massiv gestiegenen Energiepreise, der COVID-19 Impfungen, den digitalen Wandel sowie Migration und Handel.

Europa leidet unter den gestiegenen Energiepreisen. Deshalb ist es richtig, dass nun auch die Staats- und Regierungschefs über das Thema beraten. Die EU-Kommission hat diese Woche mit einem Werkzeugkasten bereits Maßnahmen aufgezeigt, was getan werden kann. Richtigerweise hat sie dabei dem Ruf aus manchen Mitgliedstaaten nach sofortigen Marktinterventionen widerstanden.

Die hohen Energiepreise in Europa sind zunächst größtenteils durch die massive Steuer- und Abgabelast auf Energie in den Mitgliedstaaten verursacht. Die wirtschaftliche Erholung nach Corona ist nun ein zusätzlicher Nachfrageimpuls, der die Staatsquote der Energiepreise wie im Brennglas zeigt. Jeder einzelne Mitgliedstaat ist in der Pflicht, zunächst die eigenen Rahmenbedingungen zu überprüfen und Maßnahmen zu ergreifen, aber ohne den EU-Binnenmarkt dabei zu verzerren. Der gemeinsame Energiebinnenmarkt ist Teil der Lösung, nicht des Problems.

Kurzfristige Lösungen für die steigenden Preise gibt es nicht, aber die derzeitigen Energiepreise zeigen uns bereits, dass unsere langfristigen Weichenstellungen stimmen müssen. Nur wenn der Green Deal klug umgesetzt wird und auch die Bezahlbarkeit und drohenden sozialen Aspekte stets im Blick bleiben, wird der Klimaschutz den positiven Rückenwind behalten, den er derzeit aus der Bevölkerung bekommt.

## Reaktion auf die Mitteilung der EU-Kommission zu den Energiepreisen

Zur Mitteilung der EU-Kommission zu den Energiepreisen erklärt **Markus Pieper (CDU)**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Energieausschuss:

„Es ist richtig, dass die Kommission die steigenden Energiepreise in Europa aufgreift und dabei dem Ruf aus den Mitgliedstaaten nach sofortigen Marktinterventionen widersteht. Die hohen Energiepreise in Europa sind zunächst größtenteils durch die massive Steuer- und Abgabelast auf Energie in den Mitgliedstaaten verursacht. Die wirtschaftliche Erholung nach Corona ist nun ein zusätzlicher Nachfrageimpuls, der die Staatsquote der Energiepreise wie im Brennglas zeigt. Jeder einzelne Mitgliedstaat ist in der Pflicht, zunächst

die eigenen Rahmenbedingungen zu überprüfen und ggf. zu handeln, aber ohne den EU-Binnenmarkt dabei zu verzerren. Der gemeinsame Energiebinnenmarkt ist Teil der Lösung, nicht des Problems.

Kurzfristige Lösungen für die steigenden Preise gibt es nicht, aber die derzeitigen Energiepreise zeigen uns bereits, dass unsere langfristigen Weichenstellungen stimmen müssen. Nur wenn der Green Deal klug umgesetzt wird und auch die Bezahlbarkeit und drohenden sozialen Aspekte stets im Blick bleiben, wird der Klimaschutz den positiven Rückenwind behalten, den er derzeit aus der Bevölkerung bekommt."

## Protokoll zu Irland und Nordirland

Zum Maßnahmenpaket der EU-Kommission zum Protokoll zu Irland und Nordirland erklärt **David McAllister (CDU)**, Co-Vorsitzender der Kontaktgruppe des Europaparlaments zum Vereinigten Königreich und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses:

„Die neue Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich verläuft nicht reibungslos. Mit dem Handels- und Partnerschaftsabkommen haben wir eine solide rechtliche Basis. Bei der Umsetzung des Austrittsabkommens, einschließlich des Protokolls zu Irland und Nordirland, gibt es allerdings zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen.

Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič hat in den letzten Wochen intensiv mit den Menschen und Unternehmen in Nordirland gesprochen. Das vorgelegte Maßnahmenpaket greift die Sorgen auf der irischen Insel auf. Die Kommission bietet flexible und pragmatische Lösungen im bestehenden Rechtsrahmen an. Das Protokoll kann nicht nachverhandelt werden. Es ist Teil der Lösung des Problems. Das Problem ist und bleibt der Brexit. Das Protokoll aufzukündigen, wird die Schwierigkeiten nicht lösen. Es ist der vertretbare Kompromiss, den die EU mit der britischen Regierung gefunden hat, um der einzigartigen Situation auf der irischen Insel Rechnung zu tragen.

In den nächsten Wochen ist ein intensiver und konstruktiver Dialog mit der britischen Regierung nötig. Eine Eskalation muss dringend vermieden werden. Die sinnvollen Vorschläge der Kommission sind ein Angebot an die britische Regierung, Spannungen abzubauen und konstruktive Lösungen herbeizuführen. Wir wollen Frieden und Stabilität erhalten, Wirtschaftsabläufe auf der irischen Insel reibungslos gestalten und zugleich unseren EU-Binnenmarkt schützen."

## Rechtsstaatlichkeit in Polen

In einer lebhaften Plenardebatte mit dem polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki hat das Europaparlament die polnische Regierung dazu aufgefordert, den Vorrang des EU-Rechts aufrechtzuerhalten. Hintergrund ist ein Urteil des polnischen Verfassungsgerichts von Anfang Oktober, das den Streit um die Rechtsstaatlichkeit in Polen neu angeheizt hat. Morawiecki warf der EU-Kommission „Erpressung“ vor und kündigte an, dass er dies als Mittel der Politik nicht zulassen werde. Damit standen die Zeichen auf Sturm - von Deeskalation keine Spur.

CDU/CSU und EVP machten in der Debatte deutlich, dass Morawieckis Beteuerungen, Polens Platz sei in der EU, nicht ausreichen. Schließlich spreche die von der PiS-Regierung angestoßene Justiz-Reform eine andere Sprache. Dazu gehört die Senkung des Pensionsalters im polnischen Justizwesen, um missliebige Richter loszuwerden, während regierungskonforme Richter zweimal um drei Jahre verlängert werden können. Gleichzeitig

müssen Richter, die diese Praxis kritisieren mit Pensionskürzungen rechnen. Schon für sich allein genommen sind diese Vorgänge besorgniserregend, aber in der Summe ein klares Indiz dafür, dass die PiS-Regierung die Gewaltenteilung in Polen systematisch aushöhlt.

In der Debatte haben CDU/CSU die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission aufgefordert, nicht länger tatenlos zuzusehen, wie die polnische Regierung die Rechtsstaatlichkeit weiter abbaut. Wer von europäischen Steuergeldern profitiert, muss sich an die gemeinsam vereinbarten Regeln halten. Auf die polnischen Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit müssen Konsequenzen folgen, bei denen es am Ende auch um die Streichung finanzieller Zuwendungen gehen muss. Deshalb ist es gut, dass Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen angekündigt hat zu handeln - wenn nötig auch mit Sanktionen.

Hintergrund:

Das polnische Verfassungsgericht hat am 7. Oktober geurteilt, dass die EU-Verträge nicht mit polnischem Recht vereinbar sind. Den Antrag hierfür hat der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki selbst eingebracht. Zugrundeliegender Konflikt für die Auseinandersetzungen mit der EU ist der von Morawiecki vorangetriebene Umbau der Justiz. Diese „Reform“ dient in erster Linie dazu, regierungstreue Richter in entscheidende Positionen zu bringen. Dies ist ein Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit, da so die Gewaltenteilung aufgehoben wird.

## Abstimmung zu Pandora Papers

Die Enthüllungen der Pandora Papers haben eindringlich gezeigt, dass Europa beim Kampf gegen Steuervermeidung und Geldwäsche endlich handeln muss. Es wird einmal mehr deutlich: Briefkastenfirmen dienen vor allem dazu, Eigentümerstrukturen zu verschleiern und damit Steuerhinterziehung und Geldwäsche zu befördern. In dieser Woche hat das EU-Parlament eine Entschließung verabschiedet, die endlich Konsequenzen fordert.

Es kann nicht sein, dass sich die Mitgliedstaaten wegducken, wenn es darum geht Steueroasen klar zu benennen. Die meisten Staaten, die bei den Pandora Papers im Fokus sind, stehen gar nicht auf der schwarzen Liste. Die Britischen Jungferninseln, Hong Kong und mehrere US-Bundesstaaten, die in den Pandora Papers prominent erwähnt werden, stehen auf keiner schwarzen Liste der EU. Es gilt deshalb, die EU-Methodologie zur Einstufung auf der schwarzen Liste zu hinterfragen. Das heißt auch, dass wir Sanktionen für Länder auf der Liste brauchen. Solange es keine spürbaren Folgen hat auf der schwarzen Liste zu stehen, wird sich in Sachen Steuertrickserei nichts ändern. Europa darf das nicht länger hinnehmen.

Hintergrund:

Die Pandora Papers wurden Anfang Oktober veröffentlicht und bezeichnen das bis dato größte Leak über die Praktiken von Steueroasen. Weltweit arbeiteten über 600 Journalisten rund 12 Millionen Dokumente auf. Aufgedeckt wurden dabei Steuervermeidung und auch Geldwäsche. Das Europaparlament verabschiedet nun seine Position dazu.

## EU-Parlament zeichnet russischen Oppositionsführer Alexej Navalny mit dem Sacharow-Preis aus

Der renommierte Sacharow-Preis für geistige Freiheit des Europaparlaments geht in diesem Jahr an den russischen Kremlkritiker Alexej Navalny. Auch ich habe mehrfach für ihn



gestimmt. Damit setzen die Abgeordneten ein Zeichen der Unterstützung für den seit rund neun Monaten in einem russischen Straflager inhaftierten Oppositionspolitiker. Dass der von CDU/CSU unterstützte Kandidat diese wichtige Auszeichnung erhält, ist eine sehr gute Nachricht. Alexej Navalny hat großen Mut bewiesen, um dem russischen Volk die Hoffnung auf Wahlfreiheit zurückzugeben. Er hat sich jahrelang für Menschenrechte, Rede- und Meinungsfreiheit eingesetzt sowie gegen Korruption gekämpft. Für uns steht fest: Navalnys Taten und seine Entschlossenheit verdienen es, mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet zu werden.

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird jedes Jahr vom Europaparlament verliehen. Der Präsident des Europaparlaments wählt gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden den endgültigen Preisträger aus. Nominiert waren in diesem Jahr neben Alexej Navalny auch eine Gruppe afghanischer Frauen sowie die bolivianische ehemalige Übergangspräsidentin Jeanine Añez. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis wird am 15. Dezember im Rahmen einer Zeremonie im Plenarsaal des Parlaments verliehen. Er wurde 1988 ins Leben gerufen, um Einzelpersonen und Organisationen zu ehren, die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen und ist nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrej Sacharow benannt.

## Mein Mittelfranken

### Europa ist nicht weit weg!

Europa ist nicht weit weg. Entscheidungen, die hier getroffen werden, treffen die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in meinem Wahlbezirk unmittelbar. So auch die Druckerei Brunner aus Altdorf. Das Unternehmen ist ein echter Familienbetrieb in 4. Generation und wird heute von Jonas Brunner geleitet. Anlass meines Besuchs vor wenigen Wochen war die Neuordnung der Maschinenrichtlinien, die im EU-Parlament zur Beratung vorliegt. Bei Jonas Brunner und seinem Vater Jürgen habe ich mich informiert, welche Auswirkungen die Vorschläge für die Druckereien hätten. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer bayerischen Wirtschaft. Unternehmer wie die Brunners sind innovativ und dürfen nicht durch Überregulierung in ihrer Existenz bedroht werden. Auch dafür setze ich mich im Brüssel ein.

Bilder zum Termin finden Sie auf meinem [Instagram-Kanal](#).

## Herzensangelegenheiten

### DiscoverEU: Zugreisen für junge Europäerinnen und Europäer - Bewerbung bis 26. Oktober

Europa ist vielseitig, bunt und spannend! - Mach' dich auf eine aufregende Reise und entdecke dein Europa! Die EU-Kommission vergibt im Rahmen von DiscoverEU 60.000 kostenlose Zugtickets an junge Europäerinnen und Europäer im Alter von 18 bis 20 Jahren. Bewerben kannst du dich seit Dienstag, 12. Oktober, 12.00 Uhr bis zum 26. Oktober, 12.00 Uhr. Um mitzumachen, musst du ein Multiple-Choice-Quiz mit allgemeinen Fragen über die Europäische Union und andere EU-Initiativen für junge Menschen ausfüllen. Erfolgreiche Bewerberinnen und Bewerber können dann zwischen März 2022 und Februar 2023 bis zu 30 Tage durch Europa reisen.

Weitere Informationen findest du [hier](#).

## Lesenswert

### London droht Brüssel mit „nuklearer Option“ im „Nordirland-Protokoll“

Nordirland gehört eigentlich zum Vereinigten Königreich doch fühlen viele der Bewohner sich zu Irland hingezogen - einem EU-Staat, der nun eigentlich die Außengrenze der Europäischen Union mit Großbritannien teilt. Doch weil eine solche harte Grenze nach dem Brexit auf beiden Seiten nicht hinnehmbar war, gehört die britische Provinz Nordirland faktisch noch zum europäischen Binnenmarkt. Dieser Knackpunkt der Brexit-Verhandlungen wurde im „Nordirland-Protokoll“ behandelt. Der britische Premier Boris Johnson drängt nun auf eine Neuverhandlung des Protokolls und droht ansonsten mit der „nuklearen Option“ des Eintritts von Grenzkontrollen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU, also an der irisch-nordirischen Grenze. Bevor das aber wieder einen Konflikt an der irisch-noririschen Grenze auslösen könnte, hat Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič nach langwierigen internen Abstimmungen deutliches Entgegenkommen verkündet: Viele Zollregularien sollen entschärft werden und die Irische See weniger als eine Binnengrenze innerhalb des Vereinigten Königreichs wahrnehmbar sein lassen.

Den ganzen Zeitungsartikel zum „Nordirland-Protokoll“ finden Sie [hier](#).

---

### Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüner Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Rebekka Olbrich, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.